Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 62. Abendblatt. Donnerstag den 6. Februar 1868.

Deutschland.

Berlin, 5. Februar. Se. Majestät der König arbeiteten heute Vormittag mit dem Geh. Kabinetsrath v. Mühler und empfingen den Ober-Jägermeister Grafen Eberhard Stolberg und den Regierungs-Präsidenten Frhrn. v. Hardenberg.

— Ihre Maj. die Königin ertheilte gestern dem neuernannten K. baierischen Gesandten die nachgesuchte Antritts-Audienz und erschien Abends mit Sr. Maj. dem Könige auf dem Feste des Kais. französischen Botschafters.

— Se. Königl. Hoh. der Kronprinz nahm gestern militärische Meldugen entgegen, ertheilte dem Ritterschaftsrath v. Pfuel und dem Ober-Bürgermeister von Frankfurt a. M., Dr. Mumm, Audienzen und erschien Abends in der Soirée des Kais. französischen Botschafters.

— J. K. H. die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin ist gestern nach Schwerin zurückgereist.

— Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg nimmt, wie wir hören, bereits wieder dringende Vorträge entgegen.

— Der General-Direktor der Königl. Museen, Wirkl. Geh.-Rath v. Olfers, der seit etwa acht Tagen in Folge eines Schlafanfalls schwer erkrankt ist, befindet sich auch jetzt noch nicht auf dem Wege der Besserung.

— Hinsichtlich des künftigen Schutzes der deutschen Nordseefischerei soll die Indienststellung ein s Dampfkanonenboots zum Kreuzen an der Nordseeküste zugesichert sein, dessen Kapitän mit den erforderlichen Instruktionen über die bezüglichen Gesetze, Ordnungen und Gebräuche versehen werden soll. Die „N. Hann. Z." meldet hierüber noch Folgendes: Auch die Frage, ob nicht zum Schutz des deutschen Gewerbes fremden Fischern die Annäherung an die Küste bis auf eine gewisse Entfernung zu verbieten sei, soll Gegenstand weiterer Erörterung der Königlichen Staatsregierung sein. In Frankreich besteht ein solches Verbot bis auf eine Entfernung von 20 Faden für Fischer fremder Nationalität. Wie sehr von den englischen Fischern die bisherige Duldsamkeit der deutschen Regierungen gemißbraucht worden ist, erhellt aus eingegangenen Mittheilungen, wonach die Engländer sich nicht damit begnügt haben, an den deutschen Nordseeküsten ihr Gewerbe auszuüben und die Deutschen des eigenen Gewinnes wegen zu beeinträchtigen, sondern aus boshafter und muthwilliger Weise die unbrauchbaren kleinen Fische getödtet und deutschen Fischern die Netze zerrissen oder gesucht haben durch Werfen von Austerschaalen und dergleichen Schaden zuzufügen.

Berlin, 5. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 43. Sitzung. Der Präsident eröffnet die Sitzung um $10\frac{1}{4}$ Uhr. — Am Ministertische: Frhr. v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare; später erscheint Graf Bismarck. — Die Tribünen sind spärlich besetzt. — Die Tages-Ordnung lautet auf Fortsetzung der gestern abgebrochenen Debatte über den Gesetz-Entwurf, betreffend den hannöverschen Provinzialfonds. — Der Regierungs-Kommissar Regierungs-Rath Küster macht beim Beginn der Debatte einige thatsächliche Bemerkungen gegen Anführungen des Abg. Frhrn. v. Vincke (Minden), um die Berechtigung der Provinz Hannover auf diesen Fonds nachzuweisen. — Abg. v. Kardorff: Er müsse zunächst seine volle Genugthuung über die Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten in Betreff der Decentralisation aussprechen. Er erblicke darin einen segensreichen Fortschritt in den Ansichten des Ministeriums, namentlich gegenüber den Außerungen der Regierung bei Gelegenheit der Berathung des Etats des Ministeriums des Innern. Er freue sich darüber, denn das System der Centralisation sei vollständig ungerecht und der Deutschen Nation völlig antipathisch. Sein Antrag sei gestellt in Anerkennung des Umstandes, daß die Vorlage der Regierung der erste Schritt zur Selbstverwaltung sei. Er frage nur, welchen Preis würden wir wohl gezahlt haben, wenn uns vor dem Kriege das Anerbieten gemacht worden wäre, Hannover zu kaufen? Ob der Abg. v. Vincke die Verantwortlichkeit übernehmen wolle, der Regierung ihr schweres Amt noch mehr zu erschweren? Er (Redner) wolle diese Verantwortung nicht übernehmen in einem Augenblicke, wo die hannöversche Legion an der französischen Grenze stehe (oh! oh!); er wolle die Verantwortung nicht übernehmen zu einer Zeit, wo die Welfischen Anhänger nur auf die Ablehnung dieses Fonds warten, um ihre Agitationen von Neuem zu beginnen. Halte man die Forderung der Provinz Hannover nicht für recht, so möge man die Vorlage lieber gänzlich ablehnen, man werde der Regierung dadurch weniger Verlegenheiten bereiten, als durch Annahme eines Amendements. Er schließe mit dem suum cuique, welches er für sich in Anspruch nehme. Sein Antrag sei das richtige suum cuique, er gebe Jedem, was ihm gehöre.

Graf v. Bismarck-Schönhausen: Ich bin überzeugt, daß bei einer genauen Prüfung der stenographischen Berichte sich ein prinzipieller Unterschied zwischen den Auslassungen, die im Namen des Ministeriums des Innern über die Frage der Dezentralisation gefallen sind, und zwischen den meinigen nicht finden kann, denn es ist eine zweifellose Thatsache, daß im Schooße des Ministeriums eine Meinungsverschiedenheit über diese Frage nicht herrscht, daß wir alle darüber einig sind, die Dezentralisation in dem Maße, wie ich es gestern charakterisirt habe, zu erstreben, und auch der Herr Minister des Innern ist darüber prinzipiell nicht anderer Meinung. Es ist möglich, daß er in Bezug auf die Modalität der Ausführung, in Bezug auf die Bereitwilligkeit zur Uebernahme unbesoldeter Ehrenämter persönlich skeptischere Ansichten hat, als sie mir und dem Herrn Vorredner eigen sind, das ist eine Sache der Erfahrung; sollten sich die Voraussetzungen des Herrn Ministers des Innern als begründet ergeben, so würde das vielleicht zu der Nothwendigkeit führen, nicht ausschließlich auf gewählte Ehrenämter zu rekurriren, sondern den unabhängigen provinziellen Körperschaften rechts- und sachkundige Beamten beizugeben, wie das früher bei den landschaftlichen Vertretungen sehr oft der Fall gewesen ist. Das sind alles Modalitäten der Ausführung, auf die ich jetzt nicht eingehen will. Darüber ist das Staatsministerium in sich einig, daß ein Zustand so bald als möglich aufhören müsse, in welchen über jeden Zaun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird und daß schließlich die beiden äußersten Pole, die Bezirks-Gendarmen und die geheimräthlichen Kreise des Ministeriums, die eigentlich Entscheidenden in jeder speziellen Sache sind. (Allseitiges Bravo.) Solchem Zustande eine Remedur zu schaffen, diese Aufgabe verstehen wir unter Dezentralisation; in Betreff der Modalitäten der Ausführung sei das Ministerium jeder Belehrung zugänglich. (Bravo.)

Abg. v. Benda: Er habe für die Entschädigung der depossedirten Fürsten gestimmt, weil er in der Ablehnung der Forderung der Regierung eine schwere Schädigung der deutschen Interessen gesehen habe. Es sei aber nicht nachgewiesen, daß es sich mit der heutigen Vorlage eben so verhalte. Er bedauere, daß die Vorlage an das Haus gekommen, daß sie nicht schon im September v. J. erledigt sei. Er sei bereit, auf das Bedürfniß der Provinz Hannover auch in Bezug auf den Chausseebau volle Rücksicht zu nehmen. (Zustimmung.) Seine Bedenken gegen die Vorlage seien finanzieller Natur, sie beständen in dem gewaltigen Anschwellen unserer Schuldenlast. Die Bewilligung dieser Rente sei eine Ungerechtigkeit gegen die übrigen Provinzen. (Sehr richtig!) Er gehe von dem Grundsatz aus: gleiche Pflichten, gleiche Rechte, nnd zu den gleichen Rechten gehöre auch der Anspruch der übrigen Provinzen auf die Gewährung eines Provinzial-Fonds. Man werde doch nicht behaupten können, daß die Selbstverwaltung nur dann möglich sei, wenn man ihr die nöthige Unterlage von 10 bis 12 Millionen gebe. Man behandle die neuen Provinzen mit absoluter Gerechtigkeit und Schärfe; denn es könne das Zuviel eben so schädlich sein, als das Zuwenig. Er sei für die Zukunft vollständig beruhigt, denn er wisse, daß er sich durch seine heutige Abstimmung die volle Freiheit seiner Abstimmungen für die Zukunft aufrecht erhalte. (Beifall.) — Abg. Oppermann (Hannoveraner) spricht für die Vorlage, bleibt jedoch auf der Journalistentribüne unverständlich. — Abg. Dr. Waldeck: Die Hannoveraner sagen: sie wollten den Provinzialfonds behalten. Was man behalten wolle, müsse man doch erst haben, und womit wolle die Provinz beweisen, daß sie diesen Fonds habe? Der Fonds sei ausdrücklich für einen Theil des Staatsvermögens erklärt worden. Auch er gehöre zu den Berliner Abgeordneten und er hoffe, diese Abgeordneten würden einmüthig für die Verwerfung der Vorlage stimmen; denn sie ständen sämmtlich auf dem Standpunkte, daß der preußische Staat ein Ganzes sei. Die ganzen Ausführungen des Abg. v. Vincke seien sachlich klar und recht gewesen, und weder der Abg. Miquel noch der Abg. Lasker seien im Stande gewesen, an diesen Ausführungen etwas zu ändern. Wolle man diese Angelegenheiten ordnen, so müsse man sie für den ganzen Staat ordnen. Man könne doch nicht einen Punkt aus einer ganzen organischen Verwaltung herausnehmen und diesen allein feststellen, ohne das Ganze in Betracht zn ziehen. Die Beziehungen zu England verlangten eine solche Bevorzugung der Provinz Hannover nicht mehr. Durch die Bewilligung des Provinzialfonds bewillige das Haus etwas, was es nicht bewilligen sollte. Eine Rechtsfrage sei nicht vorhanden. Der Herr Ministerpräsident habe von den Herren aus Hannover gesagt, daß sie die welfischen Schiffe hinter sich verbrannt hätten, und man ihnen deshalb etwas entgegenkommen müsse. Von diesem Verbrennen der Schiffe wisse er nichts, für ihn sei die Wiederherstellung des Welfenhauses in Hannover eine so große Unmöglichkeit, daß er dies gar nicht in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen wolle. Die partikularistische Richtung sei also von gar keiner Bedeutung und selbst die hannoversche Legion, womit der Abg. v. Kardorf gedroht habe, sei für ihn gar kein Schrecken. Solche Vorlage uenne er ein Zerbröckeln des preußischen Staats und man müsse deshalb sowohl vom politischen, wie vom rechtlichen Standpunkte gegen dieselbe stimmen. Wir können für die Provinz Hannover nicht eher etwas feststellen, bis der ganze Plan der Regierung vor uns liegt.

Graf Bismarck: Ich befinde mich in der ungewöhnlichen Lage, diesmal dieselben Ziele verfolgt zu haben, die der Herr Vorredner als die seinigen hinstellt, nämlich die Provinzialeintheilung mehr in Einklang zu bringen mit den alten Stammesverhältnissen, wenn ich so sagen soll, mit den alten Reichskreisen. Als ich nach dem Friedensschluß hierher zurückkam, schwebte mir ein Ideal vor, dessen Verfolgung und Festhaltung vielleicht die Ursache der Verspätung gewesen ist, die der Herr Vorredner bezüglich der Beschlüsse über Hannover rügte, und der Plötzlichkeit, mit der sie daher gefaßt werden mußten, weil viel Zeit über dies mein nicht verwirklichtes Ideal verloren war. Ich hatte den Gedanken verfolgt, zunächst die rheinfränkischen Theile, die drei Bezirke Nassau, Hanau und vielleicht auch Fulda mit der Rheinprovinz zu verbinden, zu einer Provinz Rheinfranken, den übrigen Theil von Hessen daran zn erinnern, daß Hessen früher Westthüringen war und Marburg die Hauptstadt von Thüringen, und eine Provinz Thüringen zu schaffen, welche die sämmtlichen in preußischen Besitz gerathenen Bestandtheile dieses uralten Landestheiles in sich begreifen sollte, also außerdem den bei Weitem größeren Theil der heutigen Provinz Sachsen bis gegen Wittenberg hin und die südlichen Enklaven von Hannover; ebenso die alten Theile Osnabrück und Ostfriesland an den alten Reichskreis aus früherer Zeit, an Westfalen zurück zu verweisen und demnächst eine Provinz Niedersachsen — so war der Name des Reichskreises, den ich wünschte — unter Hinzufügung des alten niedersächsichschen Landes Magdeburg herzustellen. Dies Ideal hat sich nicht verwirklicht, es scheiterte vielleicht an dem Mangel an Zeit, an dem Mangel an Arbeitskraft, aber auch deshalb, weil wir die Wünsche der Bevölkerungen berücksichtigten. Die Kurhessen und die Hannoveraner erklärten sich dagegen; in Ostfriesland gab sich eine getheilte Meinung kund. Die Landbevölkerung wollte bei Hannover bleiben. Dies habe ihn in seinem Plane entmuthigt; es kam, wie es jetzt sei und wie es auch wohl bleiben werde. Nachtheile für Ostfriesland scheinen daraus nicht gefolgert werden zu können. Wäre die betreffende Bevölkerung dafür gewesen, so wäre ein Theil meines Programms ausführbar gewesen.

Da ich einmal das Wort habe, so will ich mir noch eine Bemerkung erlauben, die ich vorzugsweise an die Fraktionen richte, die sich die Unterstützung der Königlichen Regierung zur Aufgabe gestellt haben. Der Herr Abgeordnete für Minden hat gestern unter Anderem — ich habe es erst heute in den stenographischen Berichten oder vielmehr in den Zeitungsberichten gesehen, es war mir gestern entgangen — ein erhebliches Gewicht auf die Stimmung in den Wahlkreisen der östlichen Provinzen gelegt, die durch dies Gesetz wesentlich afficirt sein würde. Ich kann dies Urtheil und diese Voraussicht nicht unterschreiben; ich finde in der Vergangenheit einen Beweis der Gegenwart. Der Vorgang mit Kurhessen war vollständig bekannt, ehe die Wahlen stattfanden, auch die Zusage an die Provinzialstände in Hannover war vollständig vor den Wahlen bekannt. Und doch ist mir nicht zu Ohren gekommen, daß in irgend einem Wahlkreise irgend ein Kandidat darüber interpellirt worden wäre, wie er über diese Vorlage dächte, daß irgend Jemand es nützlich gefunden hätte, in seinem Programme die Ablehnung dieser Vorlage in Aussicht zu stellen, daß er versprocheu hätte, gegen die Vorlage zu stimmen, weil sie eine Ungerechtigkeit gegen die alten Provinzen sei, daß man gesagt hätte: ich werde in allen Stücken mit der Regierung gehen, in diesem abeer kann ich es nicht. Man würde doch das angedeutet haben in den Kreisen der Wähler, aus denen die Abgeordneten hervorgehen und würde, wo man sonst alle Elemente verwerthet, auch dieses benutzt haben. Die Herren haben ohne Rücksicht auf diesen Punkt bei der Bewerbung ihres Mandats ihre Unterstützung bei der Kgl. Regierung namentlich in prinzipiellen Fragen, in solchen, auf welche die Regierung Gewicht legt, in Aussicht gestellt. Es kann dies ja nicht so gemeint sein, daß die Herren in prinzipiellen Fragen, die allen Prinzipien, die ihnen sonst eigen sind, widersprechen, blindlings der Führung der Regierung sich überlassen sollen. Aber es wird doch immer so viel heißen müssen, daß in Anbetracht einer bedeutenden prinzipiellen Maßregel der Königlichen Regierung, die vor den Wahlen öffentlich bekannt geworden ist, die Zusage der Unterstützung der Regierung die Maßregel mit zu unterstützen involvirt, und daß wir ein Recht zu haben glaubten, in dieser Frage auf die Unterstützung der konservativen Partei, als derjenigen Partei, die ja vorzugsweise Vertrauen zur Regierung habe, ganz unbedingt zu zählen. Es ist eine konstitutionelle Regierung überhaupt nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine Partei mit voller Sicherheit zählen kann, auch in allen denjenigen Einzelnheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen können, wenn diese Partei nicht das Facit der Rechnung zieht: wir gehen im Großen und Ganzen mit der Regierung; wir finden zwar, daß sie ab und zu gerne eine Thorheit begeht, aber doch immer noch weniger Thorheiten macht, als annehmbare Maßregeln; um deßwillen wollen wir es ihr zu Gute halten. Hat eine Regierung nicht wenigstens eine beträchtliche Partei im Lande, die in diese Auffassung und Richtung eingeht, dann ist ein konstitutionelles Regiment unmöglich; dann muß sie gegen die Konstitution manövriren und agiren, sie muß sich eine Majorität zu schaffen und zu erwerben suchen, sie wird dann eine Art Koalitionsministerium, und die Verwaltungsmaximen gerathen in Fluktuation, die für das Staatswesen im Allgemeinen und am allermeisten für die Ziele der konservativen Partei nur höchst nachtheilige Wirkungen haben kann. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, welcher von mehreren Seiten gestellt ist, wird abgelehnt. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Der vorliegende Gegenstand sei kein politischer, dies ergebe die Spaltnng unter den Rednern der verschiedenen Fraktionen. Der Einwand des Abgeordn. v. Vincke haben in dem Satze kulminirt, daß eigentlich ein Stück von Hannover hätte abgetrennt und mit Westphalen hätte verbunden werden müssen. Dagegen spreche aber die historische Vergangenheit. Ebenso müsse er entschieden protestiren gegen die Aeußerung des Abg. v. Vincke (Minden), daß die Mitglieder der neuen Provinzen demüthig auftreten sollten. Gegen den Abg. Schulze müsse er erwidern, daß es sich hier nicht um eine Schenkung handele, sondern um eine Grenz-Regulirung zwischen Staats- und Territorialvermögen. Er erwarte bestimmt, daß, wenn etwa die Vorlage verworfen werden sollte, dies doch wenigstens nicht aus dem Grunde geschehen sollte, weil ein Stück von Hannover abgetrennt und mit Westphalen hätte verbunden werden sollen. Wenn wir, die Repräsentanten des preußischen Volkes, mit einem neuen Mitgliede uns auseinander zu setzen haben, so stellen wir uns nicht auf den Standpunkt eines chikanösen Prozesses, sondern auf den der Loyalität. Wir haben aus Staatsfonds den Herren für Königsberg und Elbing ja auch Gelder bewilligt. Der Staat ist ein politischer Verband, aber die Provinz, Kreis und Kommune sind wirthschaftliche Verbände, sie für Unterverbände des politischen Staatsverbandes zu halten, ist eine celtische, französische, italienische, spanische, mexikanische und weiß Gott welche Auffassung, eine germanische ist sie nicht. (Lebhaftes Bravo!) Redner geht auf die Zustände der Centralisation über, wie sie in Frankreich bestehen; solche Zustände wollen wir bei uns nicht einführen, vielmehr den Zuständen Englands nachzustreben suchen. Herrn von Benda antworte ich, wenn er fragt, woher er den Muth nehmen soll, er möge ihn daher nehmen, woher er den Muth genommen, um für die 20 Millionen für Georg Rex zu stimmen. Wenn ich hier spreche, so geschieht es im Namen der Decentralisation der Grenzregulirungen zwischen Staat und Kommune, der Selbstverwaltung und der wirthschaftlichen Freiheit. Wenn man uns sagt, wir begründeten einen Staat im Staate, so ist das ein Irrthum; es ist nicht gut, wenn der Staat Alles an sich zieht. Das nunmehr heimgegangene Herzogthum Nassau giebt dafür den deutlichsten Beweis. — Die ganze Geschichte des Herzogthums Nassau war ein Streit um das Domanial-Vermögen. Der Staat zog die Aktiva an sich und gab uns die Passiva Ich richte an die Konservativen die Bitte, das Prinzip der Selbstverwaltung zu verwirklichen, und erinnere die Liberaleu daran, daß die liberale Partei schon seit Jahren auf Trennung der Interessen von Provinz und Staat hinarbeitet und daß jetzt, wo diese Idee zum ersten Male verwirklicht werden soll, sie nicht zurückschrecken dürfen vor dem was etwa nachfolgen könnte. — Der Gegenstnnd ist neu und in vielen Punkten noch nicht klar, aber deshalb darf man doch noch nicht nein sagen; ich hoffe, wir werden dereinst sagen, die Bewegung war stark, aber sie riß uns nach oben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Vincke (Olbendorf) (gegen die Vorlage). Der Ministerpräsident hat sich an die Partei gewendet, die die Regierung unterstützt; ob ich zu dieser Partei gehöre, weiß ich nicht; das bin ich mir bewußt, daß ich mit dem festen Vorsatz hierhergekommen bin, den Herrn Ministerpräsidenten zu unterstützen, aber den vorliegenden Gesetz-Entwurf kann ich nicht annehmen. Ich habe auch die Ehre, in Westphalen geboren zu sein, stimme aber gegen die Vorlage, nicht um den neuen Provinzen irgend Etwas nicht zu gönnen, sondern weil ich überlegen muß, ob ich den alten Provinzen nicht Unrecht thue, wenn ich den Provinzialfonds bewillige. Ich halte diese Vorlage allerdings für ein Präcipuum. — Der Schluß wird wiederum abgelehnt. — Abg. Graf Schwerin gehört nicht zu den Abgeordneten, welche als ausgesprochene Regierungs-Kandidaten gewählt sind, sondern versichert im Gegentheil, daß er gegen die Organe der Regierung gewählt ist; aber als unabhängiger Abgeordneter, der sich an kein verpflichtendes Programm im Voraus gebunden hat, wird er die Politik des Ministerpräsidenten im Großen und Ganzen unterstützen und seine Wähler wissen das von ihm im Voraus. Was heute vorliegt, ist keine finanzielle, sondern eine politische Frage. Man will Hannover nichts nehmen und nichts schenken, sondern man hat darüber zu entscheiden, ob über gewisse Mittel zu provinzialen Leistungen durch das Organ der Provinz oder durch die Centralorgane des Staates verfügt werden soll. Eine solche Auseinandersetzung ist geboten und kann bejaht werden, ohne damit einen Verfassungsbruch zu begehen, zumal sie ein mächtiger Schritt von der bureaukratisch centralistrenden Verwaltung zu der die Freiheit fördernden Selbstverwaltung ist. Abg. v. Diest (für sein Amendement): Die Staatsregierung ist sich über manche Momente der Vorlage selbst noch nicht klar. Die Stimmung in Hannover hat durchaus kein Gewicht in dieser Frage, auch wird sie, wie es in dem Briefe eines hochgestellten Beamten aus Hannover heißt, durch die Bewilligung des Provinzialfonds keineswegs besser werden. Ein anderer Brief eines ganz einfachen Mannes sagt, man wäre der Meinung, daß Preußen ein böses Gewissen habe und es durch diese Bewilligung wieder beschwichtigen wolle. — Ich hoffe, daß der Hr. Miuisterpräsident in seiner Weise auch in dieser schwierigen Frage einen festen Griff thun wird und möchte ihm Zeit lassen, uns eiuen festen Plan vorzulegen. Allerdings ziehe ich ein Definitivum dem Provisorium vor und möchte die Sache gern aus der Welt geschafft sehen; aber ich ziehe das Provisorium immer noch dem Unklaren vor. Wir wissen, was wir dem Grafen Bismarck verdanken, und stützen ihn als freie Männer; wenn wir aber gewissenhafter Weise Nein sagen müssen, so wird er unserer Lage Rechnung tragen und sie verstehen. Unsere Stellung ist, wie sie ist. (Heiterkeit.) — Wir glauben der Staatsregierung durch Nichtbewilligung der Vorlage einen Dienst zu leisten. Die konservative Partei rechnet es sich zur Ehre an, der Regierung eine Stütze gewesen zu sein und wird es auch bleiben.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich erlaube mir über die Aeußerungen des Herrn Vorredners in Betreff seines Wahlkreises einige Worte, weil ich, wenn auch nur indirekt, zu seinen Urwählern gehöre, vor deren Kritik er sich so sehr zu fürchten scheint. Ich kenne diesen Wahlkreis genau, vielleicht genauer, als der Herr Abgeordnete, weil ich länger in demselben angesessen gewesen bin, wie er, und ich glaube, daß man mir dort allseitig wenigstens von Seiten derer, die für den Herrn Vorredner als Abgeordneten gestimmt haben, beipflichten wird, wenn ich behaupte, das Heben und Stützen kann mir nichts helfen, wenn es nicht in der Gesammtheit der Politik geschieht. Ich kann mich nicht partiell heben und stützen lassen, sonst komme ich aus dem Gleichgewicht. (Sehr gut!) Die Regierung muß so gehoben und gestützt werden, wie sie in der Gesammtheit vorhanden ist, und wenn der Herr Vorredner sich vor bösen Worten der Wähler in seinem Kreise fürchtet, wenn er nach Hause kommt, so empfehle ich ihm dafür nur das Recept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen! (Bravo!)

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen. Präsident v. Forckenbeck: Der Herr Berichterstatter hat das Wort. (Große Unruhe und Widerspruch in der Versammlung. Vielseitiger Ruf: Verzichten! Verzichten!) — Referent Abg. Kanngießer: Ich werde kurz sein. (Stürmischer Beifall.) Zunächst sage ich der Staatsregierung Dank dafür, daß sie sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden erklärt hat. Mit allen juristischen Deduktionen und scharfsinnigen arithmetischen Berechnungen annektiren Sie weder, noch assimiliren Sie die neuen Provinzen. Ich bitte Sie deshalb, den Kommissionsantrag mit dem Amendement Francke anzunehmen, event. aber das Amendement Kardorff; alle übrigen Amendements aber zu

verwerfen. — Es folgt die Spezial-Diskussion über §. 1 der Kommissionsvorlage, Nr. 1 des Amendements Brauchitsch und §§. 1—4 des Amendements Bonin. In die Rednerliste sind eingeschrieben 14 Redner für, 15 Redner gegen das Gesetz. — Regierungs Kommissar Wollny: Es ist durchaus nicht richtig, wenn man in die Debatte immer die Frage hineinwirft, ob der Provinz Hannover ein Recht zustehe, an das Domanialvermögen oder an eine dem entsprechende Dotation aus der Staatskasse. Der hannoversche Provinzial-Landtag hat einen solchen Rechtsanspruch nicht erhoben, und die Staatsregierung hat einen solchen nicht anerkannt; es waren andere Gründe vorhanden. Es kann auch von einer Schenkung nicht die Rede sein, sondern lediglich von einer Vereinigung zwischen der Regierung und der Provinz Hannover, wonach gewisse Verpflichtungen, welche bis jetzt der Staatskasse oblagen, auf den Provinzialverband gegen eine entsprechende Entschädigung übertragen werden sollen.

Regierungs-Kommissar Mac Lean wiederlegt die Zifferaufstellung des Abg. v. Vincke und geht näher auf die Zwecke des beanspruchten Fonds ein. - Nach diesen beiden ziemlich langen Vorträgen der Kommissare will der Präsident gegen 4 Uhr die neue Rednerliste, die etwa dreißig Namen zählt, abwickeln, aber der laute Ruf nach Vertagung unterbricht ihn. Auch eine Abendsitzung um 7 Uhr wird proponirt, aber die Mehrheit des Hauses weist diesen Vorschlag zurück. — Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen und verschiedene Berichte der Kommission für Gemeindewesen und für Handel und Gewerbe.

Breslau, 5. Februar. In der heutigen zahlreich besuchten außerordentlichen General-Versammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft wurde einstimmig nach den Anträgen der Gesellschafts-Vorstände der Bau einer Bahn von Posen über Gnesen nach Inowraclaw über Thorn mit einer Abzweigung von einem noch zu bestimmenden, nicht südlicher als Pakosz gelegenen Punkte nach Bromberg beschlossen, für welche das Baukapital durch Ausgabe von 12 Millionen $4\frac{1}{2}$prozentiger, mit 4 pCt. vom Staate garantirter Prioritäts-Obligationen beschafft werden soll. Auch der Antrag auf Bewilligung von 5000 Thlr. aus den Einnahmen des laufenden Jahres für die Nothleidenden in Ostpreußen ward genehmigt.

Glatz, 5. Januar. Bei der heute hierselbst vollzogenen Nachwahl für das Abgeordnetenhaus wurde Staatsanwalt Thilo (kons.) gewählt.

Hannover, 5. Februar. In hiesigen unterrichteten Kreisen ist von der Ernennung eines Militär-Gouverneurs für die vereinigten Provinzen Hannover und Hessen-Nassau, welche von mehreren Zeitungen als angeblich nahe bevorstehend angekündigt wird, nichts bekannt.

Schwerin, 4. Februar. Nach einer der hiesigen wie den übrigen Bundesregierungen zugegangenen Mittheilung des Bundeskanzlers vom 30. v. M. hat, wie die „Mecklenburger Anzeigen" melden, der Königlich preußische Geschäftsträger in Kanagawa am 8. Novmebr v. J. im Auftrage des Bundeskanzlers der japanischen Regierung von der erfolgten Feststellung der Kriegs- und Handelsflagge des norddeutschen Bundes Anzeige gemacht, unter Mittheilung der Flaggenmuster und mit dem Ersuchen, den Gouverneurs der geöffneten und der zu öffnenden Häfen die nöthigen Anweisungen dieserhalb zugehen zu lassen. Die japanische Regierung hat unterm 26. November v. J. diesem Antrage entsprochen, und es sind somit allen unter der Handelsflagge des norddeutschen Bundes fahrenden Kauffahrteischiffen in den betreffenden Häfen Japans alle diejenigen Rechte gesichert, welche nach den Bestimmungen des preußisch-japanischen Handelsvertrages bisher den preußischen Kauffahrteischiffen zustanden.

— In der Verordnung betreffend die durch das Bundesgesetz über die Freizügigkeit gebotene Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Juden heißt es u. A.: „Jüdischen Glaubensgenossen, welche Grundeigenthum erwerben, mit dessen Besitz öffentliche Rechte verbunden sind, steht zwar auch die Ausübung dieser Rechte zu; sie bleiben jedoch von der Ausübung der Landstandschaft, der Jurisdiktion, des Patronats, der Aufsicht und Verwaltung von christlichen Schulen und geistlichen Stiftungen, und nicht minder von der Ausübung der Polizei, insoweit es sich um die Untersuchung und Bestrafung von Vergehen handelt, ausgeschlossen. Die Landstandschaft ruht während der Dauer des Besitzes, die übrigen vorstehend aufgeführten Rechte werden durch einen besondern, in jedem einzelnen Falle dauernd zu bestellenden Vertreter ausgeübt. Der jüdische Besitzer bleibt aber zur Tragung aller damit verbundenen Lasten, auch der durch die Vertretung verursachten Kosten, verpflichtet."

Dresden, 5. Februar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer interpellirte der Abgeordnete Mai wegen der Ausdehnung der Reservezeit der einjährigen Freiwilligen auf sechs Jahre, worauf der Kriegsminister erklärte, daß das sächsische Gesetz durch das Bundesgesetz außer Kraft gesetzt sei. Die deshalb gemachten Vorstellungen seien fruchtlos geblieben, und es sei nicht anzunehmen, daß fernere Schritte einen besseren Erfolg haben würden.

— Beide Kammern haben dem König zur Verlobung seiner Enkelin gratulirt.

Darmstadt, 4. Februar. Eine gestern Abend zu einer Besprechung über die Zollparlamentswahlen zusammengetretene nationalgesinnte Wähler-Versammlung beschloß die Berufung einer Volksversammlung auf Sonnabend den 8. d., Abends 8 Uhr, in das Ritsert'sche Lokal. Dieselbe beschloß weiter, an Hrn. Karl Johann Hoffmann die Aufforderung ergehen zu lassen, in dieser Versammlung zu erscheinen und seine Stellung zu den schwebenden Fragen zu entwickeln.

Mainz, 3. Februar. Die Zollparlamentsbewegung geht, je näher die Wahlen heranrücken, in immer lebhafteren Wogen. Während in den eigentlichen bürgerlichen Kreisen, und zwar in der ganzen Rheinprovinz, das Streben nach Einheit als ein Hauptmoment auftritt und vorherrscht, wollen die Arbeiterverbindungen die sociale Seite der Sache zur Grundbedingung gemacht wissen. Die Versammlungen derselben folgen Tag auf Tag, und gestern hat sich auch die Schaar Lassalle's in die Bewegung eingemischt. Die Arbeiter wollen einen Kandidaten ihres Standes durchsetzen. Dieses Vorhaben ist bei dem großen Umfang der Wahlkreise schwer ausführbar. Die Volkspartei hat Hrn. Dumont als Kandidat in Aussicht genommen.

Karlsruhe, 3. Februar. So weit bis jetzt bekannt, wird dem Kandidaten für Karlsruhe, Banquier und Abgeordneten Kölle (nat.-lib.), nur von der ultramontanen Partei ein Kandidat gegenübergestellt werden, jedoch wohl ohne Aussicht auf Erfolg; dieselben Parteien stehen sich im Wahlkreise Offenburg in der Person der Hrn. Kiefer und Lindau gegenüber. Im Wahlkreise Waldshut-Schopfheim kandidirt merkwürdiger Weise Freiherr v. Roggenbach gegen den national-liberalen Kandidaten Hepting. Ueber die Veranlassung dieser Gegenkandidatur ist Gewisses nicht bekannt; man erzählt sich, Hr. v. Roggenbach halte den sofortigen Eintritt in den norddeutschen Bund für unthunlich, wolle eben so wenig Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments und habe dadurch die demokratische Partei für seine Kandidatur gewonnen. Im Wahlkreise Durlach kandidiren der Fabrikant Dennig-Pforzheim und der ehemalige (1866) Finanzminister Vogelmann. Hier handelt es sich lediglich um eine Personenfrage. Was die übrigen Wahlkreise betrifft, so finden in ihnen die national-liberalerseits vorgeschlagenen Kandidaten kaum Opposition. Genannt mögen als Kandidaten dieser Partei noch werden: Fabrikant Faller, Mitglied der ersten Kammer (Konstanz), Kiesner, Mitglied der zweiten Kammer (Donaueschingen), Lamey, Mitglied der zweiten Kammer (Baden und Tauberbischofsheim), Bluntschli, Mitglied der ersten Kammer (Bretten) 2c.

Stuttgart, 5. Februar. Die Abgeordnetenkammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung das Gesetz, betreffend die neuen Eisenbahnanlagen. Das dazu erforderliche Bau-Kapital im Betrage von 36 Millionen soll im Anleihewege aufgebracht werden.

München, 3. Februar. J. Maj. die Königin-Mutter ist neuerdings erkrankt. Es erschien heute Vormittag folgendes Bulletin: „Nach vorausgegangenen Erkältungen hat sich bei J. Maj. der Königin-Mutter ein fieberhafter, akuter Rheumatismus eingestellt. Das Fieber ist mäßig, der Schmerz aber in der Hüftengegend und dem linken Knie lebhaft."

München, 5. Februar. Nach dem heutigen Bülletin über das Befinden der Königin-Mutter, welche an einem akuten Gelenk-Rheumatismus erkrankt ist, hat das Fieber etwas zugenommen; die Gelenkaffektion hat größere Ausbreitung gewonnen; die letzte Nacht wurde größtentheils schlaflos zugebracht.

Ausland.

Paris, 5. Februar. „France" theilt mit, Fürst Metternich habe gestern eine Konferenz mit dem Marquis de Moustier gehabt, in welcher er dem Letzteren von der Besorgniß Mittheilung machte, die die Haltung gewisser Donauuferstaaten in Oesterreich verursacht.

— „La France" zählt den gestrigen „vierten Februar" unter die denkwürdigsten Tage des zweiten Kaiserreichs. — Die „Patrie" sagt, jener Tag habe einen der schönsten politischen Siege des Kaisers gesehen. — Nach Schluß der gestrigen Sitzung wurde der Minister Rouher von Thiers und Favre beglückwünscht.

— Der General Husson, die humoristische Person des Senats, welchem bei seiner Harthörigkeit es passirte, „à bas les Anglais!" zu rufen, wenn man eine Petition über die Hundesteuer behandelte, ist plötzlich gestorben. Zwei andere Senatoren, General Schramm, noch ein Offizier der Republik und des ersten Kaiserreiches, und Herr Mesoran, Genosse des Kaisers bei der boulogner Affaire, liegen schwer erkrankt darnieder.

Florenz, 4. Februar. In der Deputirtenkammer wurde heute die Diskussion des Justiz-Budgets beendigt. — Die „italienische Korrespondenz" meldet, daß der französisch-italienische Vertrag, welcher die Antheile beider Regierungen an den Ausgaben für den Mont Cenis-Tunnel regulirt, gestern unterzeichnet ist.

— In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde das Marinebudget vorgelegt. Dasselbe beläuft sich auf 35,687,348 Lire. An gewöhnlichen laufenden Ausgaben werden 1,088,580 gespart, dagegen vergrößern sich die außergewöhnlichen Ausgaben im Vergleich zu denen des vergangenen Jahres um 4,089,012. Der Ausschuß schlägt vor, an den laufenden Ausgaben und durch andere Reduktionen 1,028,271 zu sparen, wodurch der Gesammtbetrag des Budgets sich auf 34,658,129 Lire vermindern würde.

Florenz, 5. Februar. Aus Civita-Vecchia wird die Ankunft von drei französischen Transportdampfern gemeldet, um die zur Rückkehr bestimmten Kavallerie- und Artillerie-Korps an Bord zu nehmen. Es wird bestätigt, daß die zurückbleibenden Truppen die Stärke einer Division nicht übersteigen werden. — Odo Russell, der Geschäftsträger Großbritanniens beim heiligen Stuhle, hat sich mit einer Tochter Lord Clarendon's verlobt.

Rom, 5. Februar. Die französischen Transportschiffe „Orinoco" und „Albatros" haben Civita-Vecchia mit einer Abtheilung Kavallerie an Bord verlassen.

Rom, 5. Februar. Man erwartet 6000 Gewehre von England nach einem neuen Systeme.

London, 5. Februar. Ein Telegramm des „Evening Standard" aus Cork berichtet, daß ein Fenier-Komplott, welches zum Zwecke hatte, Macroom-Castle anzugreifen, um sich der daselbst befindlichen Waffen der Miliz zu bemächtigen, gerade als die bewaffneten Banden im Begriffe waren, den Angriff auszuführen, vereitelt worden sei. Zwei Individuen, welche als Vorposten vorausgeschickt waren, sind verhaftet, die Hauptmasse der Verschwörer ist zerstreut.

London, 5. Februar. Der italienische Gesandte Marquis d'Azeglio hat angeblich auf seinen Posten als Gesandter bei der großbritannischen Regierung resignirt.

— Die entsetzlichen Stürme, die uns seit einigen Tagen heimsuchen, verwehren gleichzeitig beinahe alles Interesse an den Vorkommnissen auf politischem Gebiete; indessen zeigt die zuversichtliche Haltung der Börse, daß die Friedenshoffnungen fortdauernd die Oberhand behalten. Die höheren Gesellschaftskreise beginnen sich für die Saison zu rüsten, für welche an Hof-Festlichkeiten angekündigt sind: eine große Cour in Buckingham Palace am 3. März, wobei das diplomatische Korps, das Kabinet und andere offizielle Persönlichkeiten nach vorhergegangener Anzeige seitens des Hofmarschall-Amtes mit den Damen ihrer Familie erscheinen werden, so wie drei Drawing Rooms (12. März, 1. April und 12. Mai) in demselben Palaste. Bei letzteren Anlässen (Damenempfang) wird die Königin so lange zugegen bleiben, als ihre Gesundheit es erlaubt, und für die übrige Zeit durch eine der Prinzessinnen vertreten werden. Der Prinz von Wales wird wie gewöhnlich im Namen der Königin die üblichen Levers im St. James Palace abhalten. Seine Residenz wird der letztere von Sandringham nach seinem Palaste Marlborough House hierselbst nebst Familie am 13. d. M. verlegen.

— Nach amtlichen Angaben haben sich bis jetzt 113,674 Spezial-Konstabler in England und Schottland einschwören lassen, darunter, 52,974 im londoner Bezirke.

Dublin, 5. Februar. Bei einem heute abgehaltenen protestantischen Meeting, an welchem viele Mitglieder des Ober- und Unterhauses theilnahmen, wurde unter großem Enthusiasmus eine Petition an die Königin beschlossen, in welcher um Wahrung der Union, Vertheidigung die irischen Kirche und Abwehrung des Einflusses der Ultramontanen auf die Erziehung gebeten wird.

Athen, 30. Januar. Am 20. Januar hat bei Heraklium in Kandia ein ernster Kampf zwischen 1500 Christen und ungefähr 5000 Türken stattgefunden. Letztere wurden besiegt und zogen sich in ihre Befestigungen zurück. Alsdann fielen sie wieder über die Christen her, schlugen sie und tödteten eine Anzahl derselben. — Mehrere andere Gefechte haben in verschiedenen Theilen der Insel stattgefunden. Bei Canea wurden die Türken besiegt und ließen Quantitäten von Proviant und Munition zurück, welche in die Hände der Insurgenten fielen. Immer noch werden kandiotische Familien auf russischen Schiffen nach Griechenland gebracht. — Zwischen den Mitgliedern des griechischen Kabinets herrscht Uneinigkeit. Einige Minister wollten die Deputirten-Kammer auflösen, andere nicht; der König scheint gegen die Auflösung Bedenken zu tragen. — Der russische Gesandte hat einen Ball gegeben, bei welchem auch der König und die Königin zugegen waren. — Das neue Ministerium hat mehrere Beamte, namentlich Präfekten, abgesetzt.

Washington, 4. Februar. Beide Häuser des Kongresses haben ein Gesetz angenommen, durch welches die dem Finanzminister Mc. Culloch ertheilte Vollmacht, die Cirkulation des Papiergeldes zu beschränken, suspendirt wird. — Mehrere Journale behaupten, daß Adams auf seinen Posten als Gesandter der Union am Hofe von St. James resignirt habe.

Pommern.

Stettin, 6. Februar. Bei dem Hülfs-Comité für Stettin und Umgegend sind bis vorgestern (inkl. des Ertrages einer durch das Königliche Landraths-Amt im Randower Kreise veranstalteten Sammlung von 150 Thlr.) überhaupt 5875 Thlr. 4 Pf. eingegangen.

— In gerechter Würdigung des herrschenden Nothstandes ist man in lobenswerther Weise von allen Seiten bemüht, soweit die Verhältnisse und die Jahreszeit dies nur irgend gestatten, durch öffentliche Arbeiten bedürftigen Arbeitern einigen Verdienst zu schaffen. So hat u. A. auch die städtische Behörde in augenblicklicher Ermangelung anderer Arbeiten einer Anzahl von Leuten Beschäftigung beim Steineschlagen gegeben und selbst mancher dem „Handwerkerstande" angehöriger Familienvater, dem es darum zu thun ist, seine Angehörigen redlich durchzubringen, hat diese Arbeit bereitwillig übernonmen. Auf der anderen Seite ist es allerdings auch hier vorgekommen, daß „solche Arbeit" Einzelnen „nicht paßte", und sie es deshalb bisher vorgezogen haben, sich an derselben nicht zu betheiligen.

— In den Tagen vom 1. bis inkl. 5. Februar wurden hier an Getreide eingeführt: 659 Wspl. 21 Schffl. Weizen, 186 Wspl. 6 Schffl. Roggen, 84 Wspl. 18 Schffl. Gerste, 53 Wspl. 12 Schffl. Hafer, 91 Wspl. 1 Schffl. Erbsen, 34 Wspl. 20 Schffl. Kartoffeln.

Demmin, 1. Februar. (Od.-Z.) Das 25jährige Jubiläum unser.s verdienten Stadtkämmerers Baumann wurde heute unter zahlreicher Betheiligung festlich gefeiert. Die städtischen Behörden haben dem Jubilar eine persönliche Gehaltszulage von 100 Thlr. bewilligt und aus ihrer Mitte ein Comité zum Arrangement des Festes gewählt. An letzterem nahm auch der neu ernannte Kommandeur unseres Ulanen-Regiments Nr. 9, Major v. Kleist, mit dem ganzen Offizier-Korps Theil, und, da der Jubilar auch Kreisdeputirter ist, der stellvertretende Landrath v. Heyden, so wie andere Rittergutsbesitzer.

Vermischtes.

Berlin. Unter den im Bazar der Königin eingegangenen interessanten Geschenken befindet sich ein indischer Shawl, dessen Werth auf 2000 Thlr. angegeben wird.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Februar. Witterung: leicht bewölkt und stürmisch. Temperatur + 5 ° R. Wind: NW.

an der Börse.

Weizen matt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 99—$103\frac{1}{2}$ Rt., ungarischer 93—96 Rt., bunter poln. 96—101 Rt., weißer do. 103 bis 106 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Februar 99 Rt. nom., Frühjahr 100, $99\frac{1}{2}$, 100 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 100 Rt. Br.

Roggen etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco $76\frac{1}{2}$—$78\frac{1}{2}$ Rt. bez., feiner 79 Rt. bez., Februar 78 Rt. nom, Frühj. $78\frac{1}{4}$, 78 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 78 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 77 Rt. Br., Juli-August 72 Rt. bez.

Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco 52—54 Rt., ungarische 53 Rt. bez.

Hafer still, per 1300 Pfd. loco $36\frac{1}{2}$—$37\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $38\frac{3}{4}$ Rt. bez., 39 Rt. Br.

Erbsen still, per 2250 Pfd. loco 68—70 Rt. bez., feine 71 Rt. bez., Frühjahr Futter- $71\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Rüböl behauptet, loco $10\frac{1}{4}$ Rt. Br., Februar $10\frac{1}{12}$, $\frac{1}{24}$ Rt. bez., $10\frac{1}{12}$ Rt. Br., Februar-März $10\frac{1}{12}$ Rt. bez., April-Mai $10\frac{1}{8}$ Rt. bez., $\frac{5}{24}$ Rt. Gd., September-Oktober $10\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus etwas fester, loco ohne Faß $19\frac{3}{4}$ Rt. bez., Februar $19\frac{7}{12}$ Rt. bez., Frühjahr 20, $20\frac{1}{12}$, $\frac{1}{24}$ Rt. bez., $20\frac{1}{12}$ Rt. Br., Mai-Juni $20\frac{1}{4}$ Rt. Gd., Juni-Juli $20\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 99, Roggen 78, Rüböl $10\frac{1}{12}$, Spiritus $19\frac{7}{12}$.

Hamburg, 5. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco geschäftslos. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., per Februar-März 176 Br., 175 Gd., per Frühjahr 175 Br. u. Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., 140 Gd., per Februar-März 139 Br., 138 Gd., pr. Frühjahr 137 Br., 136 Gd. Hafer sehr ruhig. Rüböl flau, loco 22, per Mai $22\frac{3}{4}$, per Oktober $23\frac{1}{4}$. Spiritus sehr ruhig, zu 28 angeboten. Kaffee ruhig. Zink sehr stille. — Wetter kalt und windig.

Amsterdam, 5. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Petersburger Roggen loco flauer, pr. März 313, pr. Juli 303. Raps pr. Mai 67. Rüböl pr. Mai $34\frac{1}{2}$, pr. November-Dezember 36.